Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 288. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 9. Dezember 1930. | 12. Jahrgang.

Dank mit dem Mund hat wenig Grund.
Im Herzen Dank ist guter Klang.
Dank mit der Tat, das ist mein Rat.

K. Reinik.

Die Ueberwindung der Wirtschafts- und Finanznot.

Die Krise, die mit zunehmender Schwere nun schon das dritte Jahr auf der deutschen Wirtschaft lastet, unterscheidet sich von den Vorkriegskrisen durch ihren Grad, von der Krise seit der Stabilisierung durch ihre Dauer. Selbst abgesehen davon, daß der tiefste Punkt nach Ansicht des Instituts für Konjunkturforschung noch immer nicht erreicht ist, die Depression vielmehr noch stärker werden wird, dürften wir in der Schwere und Dauer den Rekord des bisher überhaupt Dagewesenen erreicht haben, jedenfalls, seit das Vorhandensein entsprechender Wirtschaftsstatistiken eine genauere zahlenmäßige Vergleichung erlaubt.

Noch bedrohlicher aber als das Ausmaß der Krise ist ihre Struktur. Die Elastizitätskräfte der Wirtschaft, die sonst einen noch so tiefen Absturz mit einem ebenso steilen und raschen Wiederauftrieb zu beantworten pflegen, sind gehemmt und in zunehmendem Maße außer Wirkung gesetzt. Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft sind so überhöht, daß auf mehreren Millionen von Arbeitsplätzen nicht mehr rentabel produziert werden kann.

Dies trifft in besonderem Maße für das Baugewerbe zu und zwar als Folge der Höhe der effektiven Zinskosten für Leihkapital. Die Krise auf dem Baumarkt muß sich zunehmend verschärfen, wenn in der bisherigen Art der Finanzierung von Neubauten weiter fortgefahren wird. Der Nachweis, daß dies für die Krise im Baugewerbe zutrifft, läßt sich ohne weiteres an Hand statistischer Daten erbringen, die für die Mitte November 1930 eine Arbeitslosigkeit des Baugewerkbundes von 40 Prozent gegenüber 10 Prozent im Vorjahre ausweisen.

Deshalb ist ein besonderer Anreiz zur industriellen Expansion — besonders aber des Baugewerbes als ausgesprochener Schlüsselindustrie — um so notwendiger, als in der augenblicklichen Depression der natürliche Impuls eines niedrigen Kapitaldienstes fehlt und auch ein von außen kommender Anstoß nicht zu erwarten ist. Gerade der Baumarkt, der in den Depressionen der Vorkriegszeit den ersten Anstoß zu einem neuen Konjunkturschwung zu geben pflegte, wäre das einzig wirkungsvolle Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Eine rege Bautätigkeit würde nämlich eine gesteigerte Nachfrage nach Produktivgütern, zugleich aber auch eine unmittelbare Absatzverbesserung der Verbrauchsgüterindustrien zur Folge haben.

Wenn also der letzte Grund der schweren Krise und damit der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in der Diskrepanz zwischen den Kosten und dem Ertrag zu suchen ist, so leuchtet ohne weiteres ein, daß durch eine Senkung der Finanzierungskosten die Wiederaufnahme der Produktion wieder dort möglich wird, wo die Entlassung von Arbeitskräften deshalb erfolgte, weil ihre Fortführung infolge der Kostenüberhöhung unrentabel gewesen wäre oder bereits Verluste entstanden waren. Es wirkt daher überzeugend, wenn eine Senkung der Kosten als das alleinige Mittel und als der unmittelbarste Weg zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen und zur Ueberwindung der Krise bezeichnet wird.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das die Wirtschaft durch Konzentration öffentlicher Aufträge unter Verwendung der Dollaranleihe von Post und Eisenbahn „ankurbeln" will, sowie durch Belebung des Baumarktes mit Hilfe ausländischer Kreditmittel usw., muß entschieden abgelehnt werden. Eine solche bloße „Ankurbelung" der Wirtschaft bringt die Gefahr eines um so heftigeren Rückschlages mit sich. Unter dem Gesichtspunkt einer solchen nur vorübergehenden Besserung der Wirtschaftslage ist das Programm der Reichsregierung zu beurteilen. Nur eine Senkung des Kapitalzinsfußes wird eine verstärkte Kapitalinvestition und damit unmittelbar neue Arbeitsmöglichkeit schaffen, womit im engsten Zusammenhang die Sanierung der öffentlichen Finanzen steht und fällt.

Das, was not tut, ist demnach eine Entlastung durch Abbau des Kapitalzinsfußes, dessen überhöhte Festsetzung an der Verengung des Rentabilitätsspielraums und damit an der Krise Schuld trägt.

Einen entscheidenden Weg zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sehe ich in der Hergabe zinsloser Kredite. Zu diesem Zweck übergibt das Reich der Reichsbank unverzinsliche, aber auch undiskontierbare Reichsschatzwechsel, auf Grund deren die Reichsbank bank- und kredit-technisch in die Lage versetzt wird, den Verwaltungseinheiten, insbesondere den Gemeinden, in ihren Büchern Girokredite zu eröffnen, über welche die Verwaltungseinheiten nur zum Zweck der Erstellung von Wohnraum verfügen können.

Als bankmäßige Sicherheit für die Reichsbank dienen: 1. die vom Reich herzugebenden Schatzwechsel, 2. die Haftung der Verwaltungseinheiten, 3. die dingliche Belastung der zu erstellenden Häuser an erster Stelle des Grundbuches. Also eine Sicherheit, wie die Reichsbank sie sich nicht besser denken kann.

Zur Durchführung des Planes, der ja die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedeutet, wären jährlich 3 Milliarden für mindestens 10 Jahre erforderlich. 3 Milliarden bedeuten bei richtiger Anwendung 300 000 Wohnungen, also ungefähr dasselbe wie 1928, nur mit dem Unterschied, daß es sich nach diesem Vorschlag um keine neue Belastung der Volkswirtschaft mit Leihgeldzinsen handelt, sondern um eine sehr starke Entlastung, da diese Summen nicht anderweitiger wirtschaftlicher Nutzung entzogen werden, sondern vollkommen neu werteschaffend zur Verfügung gestellt werden sollen.

Da der Weg über den Buchkredit vorgeschlagen wird, kommt auch eine willkürliche Zahlungsmittelvermehrung nicht in Frage, sondern nur eine organische Ausweitung des Banknotenumlaufs im Rahmen der durch Verwirklichung des Vorschlages aufblühenden Volkswirtschaft. Dazu ist aber die Reichsbank selbst bei strengster Beachtung der Deckungsvorschriften laut Bankgesetz jederzeit in der Lage.

Für die Wiederabtragung der Kredite stehen 800 Millionen Mark aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer und jährlich mindestens 200 Mark von jeder erstellten Wohneinheit zur Verfügung, ohne daß die Wohnungsinhaber irgendwie dadurch belastet werden. Das ergibt alles in allem große Tilgungssummen.

Dies ist kurz der dem Vorschlag zugrunde liegende Gedanke. Gegen ihn könnte nun der Einwand erhoben werden, daß es sich bei seiner praktischen Durchführung um eine Papiergeldvermehrung, also um eine Inflation, handeln würde. Der Einwand ist aber nicht haltbar; denn sogenannte zusätzliche Kaufkraft entsteht durch den Vorschlag in etwaiger Verwirklichung nicht. Sie entsteht nur dann, wenn der Ausgabe von Zahlungsmitteln keine wirtschaftliche Leistung vorher- oder parallel geht, wie es in der Inflationszeit der Fall war, als sich das Reich Geld durch die Notenpresse verschaffte. Das war zusätzliche Kaufkraft, die preissteigernd wirken mußte, da mehr „Anweisungen auf geleistete Arbeit" entstanden, als tatsächlich Arbeit geleistet werden konnte. Nach dem Vorschlage erfolgt aber die Geldschöpfung in engem Zusammenhang mit der Produktion. Die neugeschaffene Nachfrage trifft also grundsätzlich auf ein entsprechendes Angebot auf dem Markte. Diese „legitime" Geldschöpfung wird also m. E. von sich aus keinerlei Preisveränderungen hervorrufen. Also keine zusätzliche Kaufkraft, sondern zusätzliche Güter und durch deren Bezahlung gesunde, organisch werdende Kaufkraft. Ein Mißverhältnis zwischen Warenumsatz und Banknotenumlauf kann nicht eintreten, oder doch wenigstens nicht in dem Sinne, daß der Banknotenumlauf zu groß werden könnte.

Der Vorschlag würde mithin bedeuten: Entlastung der Lebenshaltung, Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit, Behebung der Wohnungsnot, Sanierung der öffentlichen Finanzen. Damit wäre das erreicht, was im Interesse der gesamten Wirtschaft unbedingt erreicht werden soll und muß:

Die Ueberwindung der Krise und damit die Anbahnung eines neuen Aufschwunges!

Syndikus Groch-Kiel.

Das neue Agrarprogramm.

So bedauerlich die Verbindung der landwirtschaftlichen Maßnahmen mit dem Finanzprogramm in einer Notverordnung ist und so sehr man annehmen muß, daß Minister Schiele sich bis zum letzten Augenblick gegen diese unsachliche Verbindung gewandt hat, so muß man doch anerkennen, daß die Maßnahmen den Kern des neuen Agrarprogramms bilden. Freilich darf man nicht annehmen, daß Schiele mit der Unterschrift unter die ganze Notverordnung die Verantwortung für die übrigen Teile übernommen hat; jedenfalls mit der nun doch aufgenommenen landwirtschaftlichen Einheitssteuer dürfte sich Schiele auch in der veränderten Form nicht identifizieren.

Der landwirtschaftliche Teil bringt mit der Freigabe des Futtergerstezolls und dessen unmittelbar anschließender Erhöhung mit der Festsetzung eines allgemeinen Kleiezolls auf 10 Mark und mit der Verzehnfachung des Hirsezolls den tatsächlichen Abschluß des Getreidegebiets, bei dem nun kaum mehr eine Gefahr besteht. In der gleichen Richtung liegen die Aenderungen und Ergänzungen des Brotgesetzes, dem nun auch die erforderlichen Strafbestimmungen eingefügt sind: Der Beimischungszwang von 30 Prozent Roggen zu Weizengroßgebäck (über 200 Gramm) ist wirksamer, als der bisher geforderte allgemeine Prozentsatz. Dazu kommt der Zwang zur ausschließlichen Verwendung von Roggen als Streumehl, die Verpflichtung für alle Bäckereien zur Auslegung von Roggenbrot und die Verpflichtung für alle öffentlichen Gastwirtschaften und Hotels, ausschließlich Roggengebäck feilzuhalten, so daß auch die Ausländer auf Grund ihrer Eindrücke in Luxusgaststätten nicht mehr so ohne weiteres von deutschen Schlemmereien reden können. Hierher gehört auch die unter Aenderung des Lebensmittelgesetzes erteilte Erlaubnis zur Beimischung von bis zu 10% Kartoffelmehl zu allem Gebäck. Man sieht hier bereits das Uebergreifen vom Getreide- auf das Kartoffelgebiet. Wenn bisher seit Mai 447 000 Tonnen Eosinroggen abgesetzt werden konnten, so kann man damit rechnen, daß sich unter Ueberschreitung der bisherigen Schätzung der Absatz bis zum April auf 700 000 Tonnen erhöhen wird, so daß dann der Weg dazu frei wird, auch die Kartoffelflockenfrage zu lösen.

Auf das Veredelungsgebiet, das nach dem Wunsch des Ernährungsministers absolut paritätisch behandelt werden muß, wenn sich das Kabinett auch noch nicht mit den weitergehenden Vorschlägen für Artikel 48 einverstanden erklärt hat, greifen bereits über: Das Handelsklassengesetz mit seiner Förderung der Standardisierung, der Verwendungszwang für einheimische Fette und einheimischen Hopfen. Eine weitere Sicherung wird der handelspolitische Ausschuß des Reichstages gleich nach seinem Zusammentritt durch Erhöhung der Speck- und Schmalzzölle von 6, bezw. 10 Mark auf 10, bezw. 20 Mark zu treffen haben. Die eigentliche Sicherung der ganzen Veredlungswirtschaft mit Einschluß der Molkereiprodukte wird aber in einer der Wirtschaftslage angepaßten freien Manipulierung der entsprechenden Zölle nach dem Vorbild des Getreidegebietes zu erblicken sein.

Winterbeihilfen für Notleidende.

Im Hauptausschuß des Reichstages ist gestern der Antrag, den Erwerbslosen, Kleinrentnern usw. eine Winterbeihilfe zu gewähren, erneut behandelt worden. In der vergangenen Woche hatte der Abgeordnete Hartwig im Ausschuß darauf hingewiesen, daß die Notlage der breiten Schichten furchtbar sei; das bewiesen auch die Berichte der Hilfsorganisationen der Inneren Mission, die auf diesem Gebiete jetzt viel Elend mildern. Der Finanzminister möge sagen, welche Mittel bereitgestellt werden können, und gleichzeitig, ob und in welchem Maße Länder und Gemeinden hierfür bereits Mittel eingesetzt hätten. Gestern gab nun die Regierung folgenden Kapitalbedarf an, der notwendig sei, wenn die vorgeschlagenen Schichten eine Unterstützung erhielten und bei den Selbständigen 40 M. und den Angehörigen 12 M. angenommen würden. Das würde folgende Summen ergeben: für Empfänger der Arbeitslosenunterstützung M. 77 680 000; Krisenunterstützung M .25 788 000; Invalidenrentner M. 128 180 000; Unfallversicherung M. 40 540 0000; Angestelltenversicherung M. 8 460 000; Kleinrentner M. 14 400 000; sonstige Fürsorgeberechtigte M .49 000 000 = rund 354 000 000. In der Aussprache traten die Kommunisten dafür ein, diese Summe zu bewilligen. Ebenso die Nationalsozialisten, mit dem Bemerken, daß sie für die Deckung sich keine Sorge machten, das möge die Regierung und ihre Parteien tun. Die D. N. erklärten, daß sie dafür seien, daß die 14 Mill. für die Kleinrentner bewilligt würden. Alles andere müßten sie ablehnen. Abgeordneter Rippel vom C. S. V. D. führte aus, daß er auf das ernsteste, sicher

mit fast allen Mitgliedern, für eine Winterbeihilfe an die Armen und Elenden eintrete. Da aber der Reichsfinanzminister die völlige Unmöglichkeit dargelegt habe, größere Mittel ohne Ruin des Haushalts bereit zu stellen, frage er die Regierung noch einmal, ob nicht ein Mittelweg gangbar sei. Er könne aber in der Frage der Kleinrentner — die in der Frage ihrer Rentenversorgung auch vom Volksdienst warm unterstützt würden — bezüglich der Winterbeihilfe nicht den Unterschied machen, den die DNVP. mache. Das sei ungerecht und liege auch nicht im Gesamtinteresse der Kleinrentner. Wenn Mittel für die Winterbeihilfe bereitgestellt würden, so müssen sie unter die Bedürftigsten aller Kategorien, auch der Kleinrentner verteilt werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der DNVP., die Beihilfe an die Bedürftigen nur in Naturalien zu geben, sowie ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Beihilfe auch in Bekleidungsstücken zu geben, abgelehnt. Der kommunistische Antrag, der 354 Millionen, die nicht vorhanden sind, erfordert hätte, wurde gleichfalls abgelehnt. Wir können nur hoffen, daß Länder, Gemeinden und private Hilfe wenigstens die schlimmste Not steuern werden.

Im weiteren Verlauf nahm u. a. der Abg. Rippel noch das Wort zur Abänderung des II. Abschnittes der Notverordnung. Er forderte hinsichtlich der Bürgersteuer soziale Staffelung, die er im einzelnen darlegte. Die Verzehrsteuer, die zu unglaublich schikanösen Zuständen bei der Erhebungsmethode führe, die unmoralische Schiebungen herausfordere, die Verzehrsteuer auf Speisen, Kakao, Kaffee und Mineralwasser sei abzulehnen. Wenn in diesen Punkten die Sozialdemokratie mit dem Volksdienst einig gehe, so freue er sich dieser sachlichen Einstellung hier, wie auch dann, wenn andere Parteien Wünsche des Volksdienstes unterstützen. Und wenn dann die Regierung diesen Wünschen nachkomme, dürfe man der Regierung Brüning nicht Abhängigkeit von der SPD nachsagen. Das sei politische Brunnenvergiftung. Mit viel größerem Rechte kann man dann behaupten, daß die Regierung dem Christlich-sozialen Volksdienst nachgibt. Wenn sie das tue, so sei das sehr zu begrüßen.

Aus China.

Die vor kurzem hier eingetroffene „Peking and Tientsin Times" bringt einen Bericht über die schreckliche Weise, in welcher die engl. Missionarinnen Misses Harrison und Nettleton vor kurzem in China den Märtyrertod erlitten haben. Die beiden Missionarinnen wurden in der Nähe von Fuchow von Kommunistenbanden gefangen genommen und in die Berge weggeführt. Die Chinesische Regierung sandte zwar Truppen in die Gegend, diese machten aber keine ernsthaften Anstrengungen, die Missionarinnen zu befreien. Sie mußten drei Monate Gefangenschaft in dem Kommunistenlager aushalten, während welcher Zeit sie ungewöhnlich kaltblütigen Brutalitäten ausgesetzt waren. Keine freie Bewegung war ihnen erlaubt, kein Ausgang, kein Alleinsein. Vier Briganten, bis an die Zähne bewaffnet, wachten über sie Tag und Nacht, so daß ihnen immerfort schon der Tod vor Augen stand. Rev. Sills von der anglikanischen Missionsgesellschaft sandte einen Unterhändler an die Kommunisten, die ein Lösegeld von 100 000 Dollars forderten. Der Unterhändler beschrieb, wie Miß Harrison mit vier chinesischen Gefangenen am 1. September zu der Hinrichtungsstätte gebunden gebracht wurde und dort 5 Stunden ohne Schutz vor der Sonne eine Art Scheinprozeß aushalten mußte. Die Kommunisten erschossen einen Chinesen, enthaupteten in roher Weise die drei anderen und schoben die Vollstreckung des Urteils über die beiden Missionarinnen für 14 Tage auf. Inzwischen kehrte der Unterhändler zurück mit der Nachricht, falls nicht 100 000 Dollars gezahlt würden, würde Miß Harrisons Kopf zuerst eingesandt werden. Wenn darnach nicht eine große Summe aufgebracht würde, so würde Miß Nettletons Kopf folgen. Sollte die Kirche oder die Fremden nicht imstande sein, die Summe zu bezahlen, dann müßte es die Nanking-Regierung tun. Der Unterhändler kehrte mit einem Gegenanerbieten von 10 000 Dollar zurück, welches die Banditen mit Hohnlachen ablehnten. Es wurde beschlossen, 50 000 Dollars zu zahlen, inzwischen hörte man aber, daß schon die Sachen der beiden Missionarinnen in den Straßen von Chungan verkauft würden und daß beide den Tod durch Enthauptung erlitten hatten. Nach dem Mord schrieben die Kommunisten: Wir haben die Macht, euch Fremde gefangen zu nehmen, Lösegeld für euch zu fordern oder euch zu töten. Es heißt, daß diese grausame Tat selbst von den eigenen Landsleuten der Kommunisten verabscheut werde. Die Gründe seien politischer Natur gewesen. Die Kommunisten hofften dadurch der Regierung in ihren internationalen Beziehungen Schwierigkeiten zu bereiten. Bei dem Gedächtnisgottesdienst in London hat es der geistliche Redner ausgesprochen, daß die beiden als ein Bollwerk des Christentums gegen die Flut des Bolschewismus dagestanden hätten und daß ihr Opfertod nicht vergeblich sein würde. Das Blatt selbst will sich mit dieser christlichen Haltung nicht begnügen, sondern fordert strengste Bestrafung der Mörder durch die chinesische Regierung.

Der Erlaß des Präsidenten Chiang Kai-shek, in welchem er zur Einigkeit mahnt, den aufständischen Generalen Verzeihung anbietet, ja, von seiner eigenen Reue spricht, findet in „Peking and Tientsin Times" eine fast spöttische Beurteilung. Es heißt: Dem Mann, der immer nur vom Krieg geredet hat, der gegenüber der Opposition eine Haltung angenommen hat, so anmaßend, wie nur irgendein Despot in Chinas Geschichte seit dem ersten Kaiser, der jeden berechtigten Widerstand mit Blut unterdrückt hat, ist schwerlich zu trauen, wenn er jetzt auf einmal eine so friedfertige Haltung einnimmt. Auch wird sehr getadelt, daß er den General Yen Hsi-shan von der Amnestie ausnehmen will. Gerade dieser habe nur darum seine frühere Verbindung mit Nanking aufgegeben, weil er seine Provinz vor dem Krieg retten wollte. Die Feindseligkeit Chiang Kai-sheks gegen diesen einen wird als Eifersucht angesehen. Man will nun die Aufrichtigkeit des neuen Friedenskurses abwarten. Man sei ja gar zu gern bereit, an eine Herzensänderung bei Chiang Kai-shek zu glauben, aber man wolle sich auch nicht übertölpeln lassen. Die aufständischen Generale — Feng eingeschlossen — behaupten nun, daß das Programm Chiang Kai-sheks ja nichts anderes sei, als was sie selbst immer gewollt hätten. Die Nachrichten schwanken darüber, ob sie sich ganz vom politischen Leben zurückziehen oder doch die nördliche Zone Chinas noch weiter besetzt halten wollen. Auch wird von einem bevorstehenden Besuch Fengs in Moskau geredet. So scheint die ganze Lage doch noch sehr unsicher zu sein. — Die letzten telegraphischen Meldungen über neuerliche Kriegshandlungen bestätigen dies. W—m.

— Der französische Staatspräsident empfing Poincaré und hatte mit ihm eine lange Aussprache über die Bildung einer neuen Regierung. Poincaré lehnte die Uebernahme des Auftrags zur Neubildung des Kabinetts ab.

Die unsichere Lage der ausländischen Arbeiter in Sowjetrußland.

In der Prawda in Moskau erschien jüngst ein für sich sprechender Aufsatz aus der Feder des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei über die schlechte Lage der durch falsche Versprechungen der Sowjetagenten für Rußland angeworbenen ausländischen Arbeiter. Der Artikelschreiber gibt offen zu, daß diese Arbeiter, deren Zahl man auf 2000 schätzt, infolge des Lebensmittelmangels und dem Fehlen von geeigneten Wohnungen, sowie wegen der schweren Beschaffung von Bekleidungsstücken und nicht zuletzt auch wegen der feindseligen Haltung der russischen Arbeitskollegen, ungeheuer leiden. Er bekennt ferner, daß diese Arbeiter in Massen die Rückkehr in ihre Länder verlangen, und daß, wenn nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, in 2 Monaten kein einziger ausländischer Arbeiter mehr in Sowjetrußland beschäftigt sein wird.

In der gleichen Nummer erschien gleichzeitig ein Artikel von Max Hölz, in dem der bekannte deutsche Kommunist sich besonders an die deutschen Arbeiter in Rußland wendet, und sie auffordert, nicht nach Deutschland zurückzukehren, da für Kommunisten ja kein Vaterland existiere. Er ersucht seine Landsleute weiterhin, die Leiden für die kommunistische Sache zu tragen, und gibt bekannt, daß er sich allernächstens selbst in das Donezbecken begeben werde, wo sich die meisten deutschen Arbeiter befinden. Er will sich da an Ort und Stelle über die tatsächlichen Zustände informieren und den Arbeitern vor Augen führen, welchen ungünstigen Eindruck in Europa ihre Flucht aus Sowjetrußland hervorrufen werde.

Wirksame Abwehrmaßnahmen.

Entschließungen der Turnerschaft und der Technischen Hochschule Berlin.

— Berlin, 8. Dezember.

Der Vorstand der Deutschen Turnerschaft veröffentlicht folgende Kundgebung:

„Mit Entrüstung und Bitterkeit hat der Vorstand der Deutschen Turnerschaft von den unerhörten, eines Kulturvolkes unwürdigen Gewalttaten Kenntnis genommen, denen in letzter Zeit die in Polen lebenden Deutschen ausgesetzt gewesen sind. Er spricht den deutschen Stammesbrüdern sein tiefstes Mitgefühl aus und erwartet von der Reichsregierung, daß sie alles daransetzen wird, den schwergeprüften Deutschen zu ihrem Recht in Polen zu verhelfen."

Ferner liegt eine Entschließung der Dozenten und Studenten der Technischen Hochschule Berlin vor — die einstimmig, also von Studenten aller deutschen Parteien, angenommen worden ist — in der es heißt:

„Das Verhalten der amtlichen polnischen Stellen bedeutet einen glatten Bruch der selbstverständlichsten und den völkischen Minderheiten Osteuropas auch formell zustehenden Rechte. Gegen solche Ungeheuerlichkeiten erhebt die Studentenschaft mit dem Lehrkörper der Technischen Hochschule Berlin einmütigen Protest. Sie wendet sich an die gesamte akademische Welt und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Akademiker-Verbände aller Kulturstaaten helfen, die als Garanten der Minderheitsrechte verpflichteten Regierungen zu wirksamen Maßnahmen gegen die polnischen Machthaber zu veranlassen.

An den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung richtet sie die heiße und ehrfurchtsvolle Bitte, die amtlichen Stellen des Auslandes auf den ganzen Ernst des allgemeinen deutschen Protestes aufmerksam zu machen, auf loyale und tatkräftige Erfüllung ihrer den Minderheiten auch Polens gegenüber feierlich über-

Lug ins Buch.

Weihnachten 1930.

V.

Echo von gestern.

Was wir schon vor Jahren an dieser Stelle öfters voraussagten, ist nun eingetreten: Das neugeformte Kriegsbuch wird gelesen. Und es wird nicht etwa dadurch weniger gelesen werden, daß der nationale Wille sich wieder auch bei uns auf sein Dasein zu besinnen beginnt. Wohl aber wird dadurch der Widerstand gegen „Kriegsreportage" vom Schlage Remarques erfreulicherweise stärker.

Das älteste der heutigen Kriegsbücher, nicht nur, wie die Verleger gern betonen „vor Remarque in der Handschrift vorliegend", sondern bereits 1917 erschienen: **„Der Tod von Ypern"** (Oranien-Verlag, 5,—), kam in mehreren Neuauflagen und auch in Holländisch heraus, doppelt zu begrüßen, weil es dort fast das einzige Gegenstück zu Remarque darstellt. Immer wieder stößt man auf das Erstaunen der Rezensenten, daß dies Werk in den letzten Jahren erst wieder neuentdeckt werden mußte. Besonders hervorzuheben ist sein doppelter Zeugnischarakter, Zeugnis wirklichen Erlebens und Zeugnis der Glaubenskräfte, die diesem Erleben in seinen Tiefen standhielten.

Eine gewisse Verwandtschaft in diesem Sinne hat mit ihm **„Leutnant Schmidt und seine Kompagnie".** Ein Soldatenschicksal aus den Tagebüchern eines Kriegsfreiwilligen, gef. 1918 als Leutnant, herausgegeben von Fr. Walter (Ernte, 8,50). Auch hier jener doppelte Zeugnischarakter, in Schlichtheit zur Größe wachsend. Dagegen fehlt es an künstlerischer Gestaltung des Ganzen. Man hätte die Wirkung des Buches vertieft, wenn man noch mehr, als es geschah, knapper in der Auswahl und strenger im Abstrich gewesen wäre. Sein Vorzug ist die schlichte, meist noch im Graben entstandene Niederschrift des wirklichen Erlebens und die wachsende Kraft innersten Trauens, das aus seinen Blättern spricht.

Dem gegenüber muten die Erinnerungen K. Gerlachs: **„Zwischen den Fronten"** (Hellerau, Dr., 6,50) bei aller Erlebnisnähe, die der Verlag betont, ganz anders an. Matt, ohne Tiefensteuerung, darum auch ohne Kraft, die um den Sinn des Erlebens ringt, sondern im Erleiden stecken bleibt.

Walter Bloems **„Frontsoldaten"** (Grethlein, 6,50) hat mich gleichfalls enttäuscht. Ich erwartete einen großen Wurf von Bloem. Aber davon ist nichts zu spüren. Gewiß, ein Werk, nicht ohne Männlichkeit und Kraft. Aber es ist von der jüngeren Generation weit überflügelt. Ich nenne in diesem Sinne:

„Aufbruch der Nation" von Franz Schauwecker (Frundsberg V., B., 6,50). Hier gestaltet ein Mann, der nichts zu tun haben will mit „Rechts" oder „Links", ein Mann, der die Ereignisse wahrhaftig und erbittert darstellt. Es wird nichts abgeleugnet, keine Tatsachen werden verschwiegen, es wird alles zugegeben. Denn es kommt nicht auf die Tatsachen an — der Glaube, die Haltung allein ist das Entscheidende, das uns verlorengegangen und das einmal dagewesen ist: bei jenen unbekannten Soldaten der Front. Die Darstellung selbst ist erfüllt von dem schrecklichen Wirbel des Krieges aus Grauen und Hohn, fürchterlicher Nüchternheit, wortloser Hingabe und zynischer Bitternis. Schauwecker bedeutet aber noch nicht den Höhepunkt. Er hat auch oft genug zwischendurch zuviel Pathos.

„Die Hochseeflotte ist ausgelaufen", von Peter Cornelissen (Lehmann, M., 5,—) ist mehr ein Erlebnisbericht von den Kriegsjahren der Hochseeflotte. Zweifellos farbig und interessant und manches beitragend zur gerechteren Beurteilung des letztlichen Versagens der Flotte im Herbst 1918. Aber für den Seekrieg fehlt noch erst recht das entscheidende Werk: erlebnisnah und künstlerisch geballt. Plivier zeigt künstlerisches Maß in seinen „Kaisers Kulis", verliert aber durch seine Parteigebundenheit und sein Sympathisieren mit den Meuterern das Zutrauen zu seiner Sehfähigkeit im weiteren Sinn.

Einen starken Hinweis rechtfertigt jedoch:

„Revolution über Deutschland" von E. O. Volkmann (Stalling, O., 6,50). Es gibt noch kein Werk, das die großen Zusammenhänge zwischen dem 9. November und dem Kapp-Putsch von hoher Warte aus beleuchtet, keines, das das Erleben eines Volkes von der Schwelle zweier Zeitalter seiner Geschichte aus zu beleuchten versucht. Das Buch von Volkmann macht hier einen Anfang. Es darf den Anspruch erheben, die erste große Darstellung der Revolution vom wissenschaftlichen wie vom psychologischen Gesichtspunkt aus zu sein. Es ist schwer zu sagen, ob die Bedeutung des Buches mehr in dem Reichtum unbekannter Tatsachen liegt, die das bisherige Gesicht der Revolution vielfach grundlegend verändern, in der Klarstellung der äußeren Zusammenhänge oder in der unerhört dramatischen Gestaltung. „Revolution über Deutschland" setzt die große Darstellung der deutschen Gegenwartsgeschichte fort, die Beumelburg in seinem „Sperrfeuer um Deutschland" (Stalling, O.) erfolgreich begonnen hat. Die großen geschichtlichen Persönlichkeiten, die an der Gestaltung unseres Schicksals verantwortlich und entscheidend mitwirkten, melden sich hier zum ersten Male zum Wort.

Echo von gestern bedeuten uns heute auch schon die ersten Jahresphasen der russischen Not. In ihr liegt so vieles, was unsere deutsche Gegenwart mitgestaltet, daß ich gerade hier einige Bücherhinweise geben möchte, die sich auf den Todeskampf Rußlands im Sowjetstaat beziehen. Zunächst ein Roman:

„Das Gottestheater" von Wladimir Brenner (Klotz-Gotha, 5,—) ist Werk eines Dichters, zeigt, in seinem Titel der orthodoxen Liturgie entnommen, die Wandlung des berechnenden Machtstrebens von Anastasius dem Erzbischof, zur Gottoffenheit hin bis zum Märtyrertod. Zeit 1905 bis 1920. In vielem fremdartig, aber überall geschlossen und stark herausarbeitend den Zusammenprall der Weltanschauungen, die auf Tod und Leben dort miteinander kämpfen und — wann? — es auch bei uns tun wollen.

Erlebnisnah und ein Notruf aus eigenster Erfahrung sind die Erinnerungen **„In Kampf und Todesnot"** (Bernard und Graefe, B., 3,25). Der Verfasser, Pfarrer Schleuning, war bis zum Ausbruch des Weltkrieges Pastor in Rußland (Tiflis), wurde dann nach Sibirien verschickt, hat nach seiner Befreiung durch die Revolution die Bolschewistenherrschaft, den Bürgerkrieg persönlich kennengelernt und schildert die Verhältnisse aus tiefster Sachkenntnis heraus.

nommenen Schutzpflicht zu bringen und mit allen verfügbaren Mitteln der polnischen Regierung eine Wiederholung ihres unerhörten Tuns zu verleiden."

•

Auch der Vatikan untersucht den Wahlterror.

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, berichtet Korfantys „Polonia", der Papst habe besondere Delegierte damit beauftragt, an Ort und Stelle Untersuchungen über den in Polen geübten Wahlterror vorzunehmen. Die polnische Regierung habe vorher beim Vatikan Schritte unternommen, um die Untersuchung durch päpstliche Delegierte zu verhindern. Infolge des Mißerfolgs dieser Bemühungen werde der polnische Botschafter beim Vatikan, Graf Strzynski, abberufen.

Die englische Botschaft in Warschau ist, wie die „Polonia" weiter meldet, von der Londoner Regierung aufgefordert worden, einen besonderen Bericht über den Verlauf der polnischen Wahlen nach London zu senden.

Endkampf im Reichstag.

Stürmischer Abschluß der Verhandlungen über die Notverordnungen.

— Berlin, den 6. Dezember 1930.

Der Abschluß der Reichstags-Debatte über die Notverordnungen des Reichspräsidenten und die dazu eingebrachten Aufhebungs- und Mißtrauensanträge zog sich außerordentlich in die Länge. An der Aussprache beteiligten sich Redner fast aller Parteien sowie mehrere Mitglieder des Reichskabinetts. Die Spannung während der Debatte war groß. Wiederholt kam es zu harten Auseinandersetzungen, auch waren Zwischenrufe nicht selten. Die Rednerliste wurde während der Verhandlung — trotz des Wochenendes — länger und länger.

Im Verlaufe der Aussprache kritisierte Abg. **Domsch** (Landvolkp.) die Notverordnung als einen völligen Versager, wobei er insbesondere auch die Bestimmungen der Notverordnung über das Mietsrecht bekämpfte. Abg. **Eisenberger** (Dtsch. Bauernp.) glaubte, trotz aller Bedenken die Regierung unterstützen zu können. Abg. **Bieuer** (Wirtschp.) wandte sich in der Hauptsache gegen die Politik des Ministers Schiele. Das Brotgesetz erfülle seinen Zweck nicht, sondern ruiniere nur die Bäckereibetriebe.

Abg. Dr. **Kleiner** (Dntl.) richtete heftige Angriffe gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius und gegen das Auswärtige Amt. Der Außenminister hätte viel schärfer gegen den Polenterror vorgehen müssen. **Der Ausrottungsfeldzug der Polen gegen die deutsche Minderheit habe einen solchen Grad unerträglicher Roheit und Verworfenheit erreicht, daß der ganzen Welt, insbesondere aber auch dem Völkerbund das Gewissen schlagen müsse.** Die anderen Völker könnten nur dann Achtung vor Deutschland haben, wenn Deutschland sich endlich gegen die polnische Anmaßung wehre. Die Neuordnung Mitteleuropas könne nur gegen Polen erfolgen.

Während der Ausführungen des deutschnationalen Redners kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und den Sozialdemokraten. Als ein Sozialdemokrat rief: „Das sind ja Latrinenparolen!" stürzten verschiedene Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolkabgeordnete mit drohend erhobenen Fäusten und dem Ruf: „Verbrecher!" gegen die sozialdemokratischen Bänke vor.

Nach Wiederherstellung der Ruhe führte Abg. Dr. Kleiner seine Rede zu Ende mit der Aufforderung, Brüning und Curtius vom Throne zu stoßen und den Weg frei zu machen für ein Deutsches Reich, das im Sinne Hugenbergs und Hitlers für die Freiheit kämpfe.

Als nächster Redner wandte sich Abg. **Schumann** (Komm.) gegen die Neuregelung der Wohnungswirtschaft durch die Notverordnung.

Abg. **Schneider-Breslau** (Nat.-Soz.) erklärte, die Not des deutschen Bauern könne nicht durch die alten Parteien behoben werden. Die Schuld trage Deutschlands falsche Wirtschaftspolitik. Wer für den Lohnabbau eintrete sei ein Verräter an Volk und Arbeiterschaft. Während das Volk hungere, mästeten sich die Drohnen, die Generaldirektoren sowie die Bank- und Börsenfürsten.

Abg. **Troßmann** (Bayer. Vp.) behandelte die Notverordnung nochmals unter dem sozialpolitischen Gesichtswinkel. Abg. Graf **Westarp** (Kons.) mahnte das Kabinett, außenpolitisch mit größter Entschlossenheit vorwärts zu schreiten. Mit den Revisionsmaßnahmen dürfe man nicht mehr warten. Die ungerechte Tributlast müsse sofort vom deutschen Volke genommen werden.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

machte einige Bemerkungen über die Tabaksteuer sowie die Möglichkeit und den Nutzen eines Verkaufs der 150 Millionen Mark Reichsbahn-Vorzugsaktien und erklärte dann noch: **Unser Sanierungsplan hat auch eine außenpolitische Bedeutung, denn nur geordnete Finanzen können uns in der Außenpolitik die Freiheit des Handelns geben. Das ist schon vom Reichskanzler und vom Reichsaußenminister gesagt worden. Wir dürfen annehmen, daß die dahingehenden Ausführungen der Regierung im Ausland beachtet worden sind.**

Abg. **Berndt** (Dntl.) begründete einen Antrag seiner Partei, der **die Sperrung der Polizeikostenzuschüsse für Preußen mit Wirkung ab 31. Dezember fordert.** Zum Schluß beschwerte sich Redner noch über die Polizeiaktion gegen Studenten und über die Zulassung des Films „Im Westen nichts Neues!".

Die Notverordnung bleibt.

Mit 292 gegen 254 Stimmen.

Brüning siegt im Endkampf.

Das gab am Sonnabend noch eine lange Debatte im Reichstag, bevor man zu den entscheidenden Abstimmungen kam. Unter anderem erklärte sich der Reichsernährungsminister Dr. Schiele mit der von den Deutschnationalen und Sozialdemokraten beantragten Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses einverstanden, ob bei der Roggenstützung mißbräuchliche Anspannung der Stützungsaktion durch Spekulanten vorgekommen ist und wie die Stützungsaktion gewirkt hat.

Abg. Leicht (Bayer. Vpt.) verlas noch eine Erklärung, in der die Bayerische Volkspartei Einspruch erhebt gegen die Bestimmungen der Notverordnung, die nach Ansicht der Partei einen Eingriff in die steuerlichen Befugnisse der Länder bedeuten. Die Bayerische Volkspartei, so erklärte der Redner, behält sich gegen diese Bestimmungen alle Schritte vor, auch die Anrufung des Staatsgerichtshofs. Wenn sie trotzdem (große Heiterkeit bei der Opposition) gegen die Aufhebung der Notverordnung stimmt, so deshalb, weil sie keine Katastrophenpolitik treiben will.

Jetzt wurde die Beratung geschlossen. Das Abgeordnetenparkett füllte sich, so daß kein Platz leerblieb. Auf den dichtgefüllten Tribünen drängte sich das Publikum Kopf an Kopf.

Die entscheidende Stunde

war gekommen. Zunächst wurde der Gesamtetat, wie üblich, dem Haushaltsausschuß überwiesen.

In namentlicher Abstimmung wurden dann die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember mit 292 gegen 254 Stimmen abgelehnt.

Dieses Ergebnis wurde mit Beifallskundgebungen in der Mitte aufgenommen, während man auf der äußersten Rechten und Linken stürmische Pfuirufe hörte.

Für die Aufhebung der Verordnung haben gestimmt die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei mit Ausnahme des Abg. Siller-Württemberg, der gegen die Aufhebung gestimmt hat, und die Deutsche Landvolkpartei. Gegen die Aufhebung der Verordnung haben gestimmt die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Christlichsoziale Volksdienst und Konservative Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Tautsch, und des Hospitanten Nolte (Dt. Hann.), die für die Aufhebung gestimmt haben, die Bayerische Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Pfleger, der für die Aufhebung gestimmt hat, die Deutsche Staatspartei einschließlich des neueingetretenen Abgeordneten Hillebrand-Schlesien, der bisher der Deutschen Bauernpartei angehörte, die Deutsche Bauernpartei, die Volksnationale Reichsvereinigung und endlich der parteilose Abgeordnete Mönke.

Nach längerer Debatte über die Zulässigkeit des nationalsozialistischen Vertrauensantrages wurde alsdann über diese Zulässigkeit abgestimmt. Dabei kam es zu ungeheuren Lärmszenen.

Mit 298 gegen 233 Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten für das Kabinett Brüning für unzulässig erklärt. Die Stimmenthaltungen kamen zum größten Teil von der Wirtschaftspartei.

Die Mißtrauensanträge abgelehnt.

Hierauf wurde über die Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Kommunisten in einer gemeinsamen namentlichen Abstimmung abgestimmt.

Unter ungeheurer Spannung und Totenstille im Saal verkündete Präsident Löbe das Ergebnis der Abstimmung, die 291 gegen und 255 Stimmen für die Mißtrauensanträge bei einer Enthaltung ergab. Das Ergebnis wurde mit Pfuirufen bei den Oppositionsparteien und stürmischem Beifall bei den Regierungsparteien aufgenommen.

Es wurde dann noch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Juli-Notverordnung mit 307 gegen 235 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Aufrechterhaltung dieser Verordnung, die die Osthilfe enthält, hatte auch die Landvolkpartei gestimmt.

Die weiteren noch sehr zahlreichen Abstimmungen wurden auf Dienstag vertagt.

Die Novelle zum Reichspostfinanzgesetz wurde dem Haushaltsausschuß, der Antrag auf Verlängerung des urheberrechtlichen Schutzes dem Rechtsausschuß überwiesen.

Dann vertagte sich das Haus auf Dienstag, 3 Uhr.

Die deutsche Rechtsangleichung.

Bundesminister Schürff ein warmer Freund aller Angleichungsbestrebungen.

Der neue österreichische Justizminister Dr. Schürff übernahm sein Amt mit einer Ansprache, in der er die gegenwärtigen Aufgaben der Justizverwaltung erörterte.

Alle gesetzgeberischen Arbeiten, so erklärte Schürff, seien von dem Gesichtspunkt der Rechtsangleichung mit dem Deutschen Reiche zu beurteilen und im Sinne der bisherigen engen Fühlungnahme des Justizministeriums mit dem Reichsjustizministerium, sowie mit den Justizministerien aller deutschen Staaten; **denn er brauche wohl nicht erst zu versichern, daß er selbstverständlich ein warmer Freund und Förderer aller Angleichsbestrebungen sei und solche bei ihm stets tatkräftige Unterstützung finden werden.** Allerdings würden auch bei allen diesen Angleichsbestrebungen die Besonderheiten Oesterreichs, die in seiner Kultur und dem Charakter seiner Bevölkerung liegen, berücksichtigt werden müssen.

Die Hoffnung auf eine rasche Beendigung des mit Deutschland gemeinsam begonnenen Strafgesetzentwurfs sei leider durch die Auflösung des Reichstags und des Nationalrats zunichte geworden. Es dürfte aber erwartet werden, daß sowohl in Deutschland wie auch in Oesterreich ein Weg gefunden wird, die bereits geleistetete Arbeit auch für die neuen gesetzgebenden Körperschaften nutzbar zu machen.

Neuer Gesandter für Berlin.

Im Zusammenhang mit der Umbildung des polnischen Kabinetts wurde als Nachfolger des bisherigen Gesandten in Berlin, Roman Knoll, der zunächst in der Zentrale Verwendung finden soll, der bisherige Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Dr. Alfred Wysocki, ernannt.

Roman Knoll befindet sich zur Zeit in Urlaub. Der letzte Schritt der Reichsregierung beim Völkerbund scheint seine Stellung in Berlin endgültig erschüttert zu haben. Wysocki gilt als gemäßigter Politiker. Auch der bisherige Pressechef des Außenministeriums, Chrzanowski, wird abberufen; vermutlich wird er durch den jetzigen Gesandten in Reval, Major Libicki, ersetzt. Damit würde Libicki auf den Posten zurückkehren, den er vor etwa eineinhalb Jahren verlassen hat.

Frankreich das reichste Land der Welt.

* Eine Verteilung der Goldbestände der Bank von Frankreich ergibt 1250 Goldfranken pro Kopf der Bevölkerung. In Amerika entfallen 800 und in England sogar nur 400 Goldfranken auf den Kopf der Bevölkerung. Frankreich ist also das reichste Land der Welt!

Neue große Schwierigkeiten für Barthou.

— **Paris,** 7. Dezember. Die Führer der Radikalsozialisten, Sarraut, Herriot und Chautemps, haben nach einer Parteiversammlung am Sonntag Barthou mitgeteilt, daß sie ihm ihre Unterstützung versagen müßten, wenn er, wie es Tardieu gefordert hat, die rechtsradikale Marin-Gruppe in das Kabinett nehmen sollte. Die Marin Gruppe zählt 101 Abgeordnete. Der Beschluß der Radikalsozialisten entspricht den auf den letzten Parteitagen in Grenoble und Angers gefaßten Beschlüssen. Bis zur Stunde steht noch nicht fest, was Barthou angesichts dieser veränderten Sachlage tun wird.

Giftnebel.

Bisher 70 Tote bei Lüttich.

— **Brüssel,** 8. Dezember. Die rätselhaften Todesfälle bei Lüttich haben sich in der Nacht zum Sonntag vermehrt. In Jemappe sind noch 3 Personen gestorben, so daß die Gesamtzahl der Toten bis jetzt 70 beträgt. Noch über 100 Personen liegen mit schweren Atembeschwerden und Herzbeklemmungen in den Krankenhäusern, so daß man befürchtet, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird. Die Königin besuchte am Sonntag die von dem Unglück betroffenen Orte.

Die Untersuchungen über die Zusammensetzung des todbringenden Nebels sind noch nicht abgeschlossen. Die Abflüsse der Hüttenöfen werden auf Salpeter- oder Chlorgase untersucht. Die Bevölkerung ist fest davon überzeugt, daß es sich um Giftnebel gehandelt hat. Die Blätter erinnern daran, daß die Gegend von Lüttich bereits in den Jahren 1902 und 1911 von solchen rätselhaften Nebeln heimgesucht wurde, die ebenfalls Todesopfer forderten. Damals habe der Nebel mikroskopisch kleine Staubkörnchen von verschiedenartiger Zusammensetzung enthalten, die die Atmungsorgane verstopft und in verschiedenen Fällen Lähmungserscheinungen und den Tod herbeigeführt hätten.

Fünf Todesurteile

im Ramsin-Prozeß.

— **Kowno,** 7. Dezember. Das oberste Gericht der Sowjetunion hat nach 36-stündiger Beratung die Angeklagten Ramsin, Larischew, Kalinikow, Tscharnowski und Fedotow zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die übrigen Angeklagten Otschkin, Sitnin und Kuprijanow wurden zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Begründung des Urteils wird später übermittelt werden.

„Die Vernichtung Gottes", von Leopold Pohl (Eckart-Verlag, B., 0,90) bringt eine kurze Zusammenfassung der Symptome des gegenwärtigen Kampfes in Rußland. Ergänzt wird es durch das Standardbuch über die russische Notlage, wie wir sie als Christen empfinden:

„Das Notbuch der russischen Christenheit", herausgegeben in Verbindung mit mehreren Universitätsprofessoren und Privatdozenten von Dr. Cramer (Eckart-V., Berlin, 6,20). Dies Notbuch der russischen Christenheit schildert die unerhörte Drangsalierung und Verfolgung alles Christlichen, den Vernichtungsfeldzug gegen alle Religion, der augenblicklich in Rußland geführt wird. Die Flucht der deutschstämmigen Kolonisten hat alle Unvoreingenommenen aufhorchen lassen. Die sinnlose Zerstörungswut der jetzigen Gewalthaber hat im Westen selbst die irre gemacht, die noch immer an ein „interessantes Experiment" mit dem Ziele der Schaffung einer neuen, besseren Lebensordnung durch die Bolschewisten glaubten. Das Buch will aber nicht nur auf die Flammenzeichen im Osten hinweisen, es faßt seine Aufgabe tiefer: es geht der Frage nach, wie denn das alles möglich sei, mitten in einem christlichen Volk. Es versucht die Wurzeln bloßzulegen, aus denen der Baum des Antichristentums so üppig emporgeschossen ist. Zum ersten Male hat sich hier eine Reihe der besten Kenner Rußlands, seines Völkermeeres, seiner Natur, seines Seelenlebens, seiner Sitten und seines Glaubens zusammengefunden, um ein einheitliches Bild dessen, was in Rußland heute vorgeht, zu geben und in umfassender Weise den Versuch zu machen, das Geschehen in Rußland in seinen geistigen Hintergründen und Zusammenhängen zu durchleuchten und es mit aller unausweichlichen Eindringlichkeit vor die Seele des immer noch neutralen Westlers zu stellen, damit er erkenne, daß es eigentlich um ihn in dieser Auseinandersetzung auf Tod und Leben geht. Die Verfasser haben eine Fülle von authentischem Material in dem Buche verarbeitet, wenn auch dem Nachweis dieses Materials heute noch Schranken gesetzt sind durch die Brutalität, mit der in Rußland alle die verfolgt werden, die die Wahrheit zu sagen wagen. So ist das Buch eine ernste Auseinandersetzung mit den letzten Fragen geworden, die der Bolschewismus der Christenheit stellt.

Eckart.

Riesiger Goldschatz gefunden.

Bei den Ausgrabungen in Pompeji.

Bei den augenblicklichen Ausgrabungen in Pompeji stieß man in den Kellerräumen eines Hauses der Via Abundantia, wo erst vor kurzem eine wertvolle Apollostatue und besonders kunstvolle Fresken gefunden worden waren, auf eine verfallene hölzerne Truhe, um die herum viele Gold- und Silbergegenstände zerstreut lagen.

Man fand zahlreiche goldene und reich ziselierte Armbänder, drei Paar goldene Ohrgehänge, viele edelsteinbesetzte Goldringe, goldene Halsketten, Gold- und Silbermünzen aus der republikanischen und aus der Kaiserzeit.

Sodann barg man ein vollzählig erhaltenes goldenes Tischgeschirr für vier Personen, bestehend aus Pokalen, großen und kleinen Tellern und Schüsseln, silbernen Gabeln, Löffeln und Zulanggeräten, silbernen Kochtöpfen, silbernen Spiegeln, silbernen Salbenbüchsen und Duftflaschen und noch vieles andere mehr.

Die Drosselung der Einwanderung.

Herabdrückung der Einwanderungsziffer in Amerika um 135 000.

Wie in einem Bericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten an die Einwanderungskommission gesagt wird, soll die Einwanderung in Zukunft dadurch eingeschränkt werden, daß die Konsuln Personen, die mutmaßlich während der Arbeitslosenkrise der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen würden, die Visa verweigern. Durch diesen, allerdings bereits seit September angewandten Plan, dürften während des am 30. Juni nächsten Jahres endigenden Finanzjahres 135 000 Fremde an der Einwanderung in das Gebiet der Vereinigten Staaten gehindert werden.

Im Oktober wurden für deutsche Einwanderer anstatt der monatlichen Höchstgrenze von etwa 2500 nur 428 Visen erteilt.

Rechtsverhältnisse aus französischer Kriegsgefangenschaft.

Mit der Auszahlung der Arbeitsguthaben der in französischer Kriegsgefangenschaft gewesenen deutschen Kriegsteilnehmer ist jetzt begonnen. Die Auszahlung wird mehrere Monate in Anspruch nehmen. Die zur Verteilung gelangende Summe beträgt 800 000 Reichsmark. Frankreich hat 1928 auf Grund einer 1926 mit Deutschland getroffenen Vereinbarung einen Betrag von 4½ Millionen Franken zur Abgeltung der Guthaben überwiesen, der jedoch nach der Inflation des Franken nur 800 000 RM. in deutscher Währung ausmacht.

Die Auszahlung der 800 000 RM erfolgt an Hand von Listen, die durch die von der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener e. V. herausgegebenen Fragebogen zu ergänzen sind.

Weitere Auskünfte über alle Entschädigungsfragen und Fragebogen zur Antragsergänzung auf die Frankreichguthaben, die besonders der Feststellung der jetzigen Adressen der Anspruchsberechtigten dienen, erhalten Interessenten durch jede Ortsgruppe der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener oder durch den Gau Westfalen-Ost und Lippe der R. e. K. (Johannes Tölle, Elsen bei Paderborn).

Erste Arbeitsgemeinschaft für evangelische Kinderlager 1931.

Bekanntlich konnte vom Evangelischen Provinzial-Elternbund in diesem Sommer über 500 Kindern ein Erholungsaufenthalt von durchschnittlich 14 Tagen gewährt werden. Allseitig findet diese Tat Zustimmung und Anerkennung. — Um mit den Vorbereitungen für das nächste Jahr rechtzeitig beginnen zu können, haben sich interessierte Kreise nunmehr zu einer Arbeitsgemeinschaft für evangelische Kinderlager zusammengeschlossen. In der Sitzung dieser Arbeitsgemeinschaft am 21. November hielt Dr. vom Berg-Recklinghausen ein Referat über „Unsere Kinderlager als Dienst an der evangelischen Jugend". Anschließend an Vortrag und Aussprache fand eine Verteilung von „Sparbüchern für einen Ferienaufenthalt" mit den dazugehörigen Marken statt. Insgesamt wurden 1100 Sparbücher mit 110 000 Marken ausgegeben. Durch dieses Sparsystem werden auch minderbemittelte Eltern in die Lage gesetzt, ihre Kinder für ein paar Wochen ins Gebirge, an die See oder an einen anderen landschaftlich bevorzugten Ort zur Erholung und Stärkung mitzusenden. Der Provinzial-Elternbund hofft, im kommenden Sommer, die Zahl von 500 Kindern auf das Doppelte steigern zu können.

Präses D. Wolff.

Der Führer der Rheinischen Evangelischen Kirche,

sechzig Jahre alt.

Präses D. Wolff, Aachen, begeht am 9. Dezember seinen 60. Geburtstag. Seit einem Jahrzehnt leitet er, getragen von der Liebe und dem Vertrauen der rheinischen Gemeinden, die Evangelische Kirche des Rheinlandes. Bei den Kämpfen um eine neue Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen, die nach dem Weltkriege einsetzten, hat Präses D. Wolff als bewußter Vorkämpfer rheinisch-westfälischen evangel. Kirchentums, verbunden mit seinen Freunden, die kirchliche Eigenart der beiden Westprovinzen durch viele Fährnisse hindurchgerettet. Als Präses der rheinischen Provinzialsynode drückte er dem Leben der rheinischen Kirche den Stempel seiner wagemutigen und weitschauenden Persönlich-



keit auf. Unvergessen ist im Rheinland seine unerschrokkene Haltung gegenüber den Besatzungsbehörden, namentlich während des Ruhrkampfes. Auch die Gesamtkirche hat D. Wolff mit wichtigen Aufgaben betraut. D. Wolff ist Mitglied und Vizepräsident der Generalsynode und stellvertretender Vorsitzender des Kirchensenats, der obersten Leitung der altpreußischen Kirche. An der neuen Kirchenverfassung hat seine stark konstruktive Begabung, sein ausgeprägter Sinn für das Kirchenpolitische nach evangelischem Verständnis, sein sicheres Gefühl aber auch für die Unwägbarkeiten des kirchlichen Gemeinschaftslebens einen bedeutenden Anteil gehabt. Auch dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß, der obersten Vertretung des Kirchenbundes der deutschen Landeskirchen, gehört D. Wolff als Mitglied an. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg im Sommer dieses Jahres hielt er das programmatische Referat über das Thema: „Recht und Kraft der Reformation zur Kirchenbildung", dessen Hauptgedanken in der bekannten Botschaft des Kirchentages ihren Niederschlag fanden.

Die Wirtschaft in der Berufsschule.

Das Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik beim Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität zu Münster i. W. veranstaltet vom 14. bis 17. Dezember 1930 zu Münster i. W. eine Hochschulwoche für die hauptamtlichen Lehrkräfte an den gewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. In der Hochschulwoche, die als das Zentralthema: „Gegenwartsfragen der deutschen Wirtschaft im Unterricht der Berufsschule" behandelt, werden im einzelnen Vorträge stattfinden.

Weiter Einzelheiten sind aus den Prospekten ersichtlich, die durch das Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik, Münster i. W., Johannisstraße 9 erhältlich sind.

Ein Opfer für unsere Gefallenen.

Die am Sonntag, dem 2. Nov. abgehaltene öffentliche Straßenversammlung des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." hat, wie wir soeben hören, trotz des an diesem Tage herrschenden ungünstigen Regenwetters, einen äußerst guten Erfolg gehabt. Zieht man die trostlose Wirtschaftslage in Betracht, so ist die Summe von 39 000 RM., die allein vom Bezirksverband Westfalen an die Zentrale abgeführt werden konnte, immerhin als recht beträchtlich anzusprechen.

Verschiedenes.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Minden (Westf.) wird nach dem Stande vom 1. Januar 1931 neu aufgelegt. Teilnehmern, die in ihren Eintragungen Aenderungen, Zusätze usw. wünschen, wird geraten, dies sogleich, spätestens bis zum 31. Dezember ihrem Vermittlungsamte mitzuteilen.

Das neue Fernsprechbuch wird voraussichtlich im Laufe des Monats April 1931 zur Ausgabe gelangen.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Betbüchlein für alle, die noch beten oder wieder beten lernen wollen. Von Prof. Dr. Werdermann. Einzeln 30 Pfg., im Hundert 25 Pfg. Westdeutscher Luther-Verlag, Witten.
Ein rechtes Volksbuch, das man in vieler Hände wünscht, weil es so einfach und tief wieder ins rechte Gebet einführen will. Fr.

Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh? 9 Predigten von Lic. Fresenius, Pfarrer an St. Katharinenkirche, Frankfurt a. M. Verlag Adolf Klein, Leipzig S. 3. 1,50 RM.
Schlichte Predigten über das Problem Kirche oder Natur, und Rufe an verzagte und leidende Menschen, die sich selbst entfliehen, mit Verzweiflung und Selbstmord ringen. Fr.

Stephen Grellet. 1773—1855. Eine kurze Lebensbeschreibung von Alfred C. Garrett. Quäker-Verlag, Berlin-Lübars. Kart. 2,40 RM. Leinen 3,60 RM.
Es wird interessant erzählt, wie der Quäker Steffen Grellet durch Gottes wunderbare Fügungen an die Fürstenhöfe der damaligen Zeit in Europa geführt wird und Gelegenheit hat, dort für das Evangelium zu zeugen.

Herzliche Weihnachtsbitte der Krüppelanstalten Volmarstein i. W.

Bei allem, was uns so stark bedrängt
Und wie eine lähmende Last uns zwängt
Im Blick auf die Not da draus und daheim,
Da fügen die Worte sich schwer zum Reim.
Da denken alle so sorgenvoll,
Wo man anfangen und aufhören soll,
Um nur ein Tröpflein abzutragen
Vom großen Meer der Tränen und Klagen.
Die höchste Rechenkunst muß man studieren,
Um nichts zu vergeuden und nichts zu verlieren;
Daß jeder Pfennig, den heute man ehrt,
An richtiger Stelle der Not auch wehrt.
Im Namen der Krüppel klopfe ich an.
O helfe jeder, so gut er kann!
Die Zahl der Krüppel wächst Jahr für Jahr,
Wächst auch die treue Geberschar?

Wieder naht Weihnachten! Helfen Sie uns trotz der Not der Zeit unseren fast 800 Krüppeln, Alten, Taubstummen und Siechen den Weihnachtstisch zu decken. Jede Gabe der Liebe, gleichviel ob Geld, Lebensmittel, Tabak, Spielwaren usw. ist uns willkommen.

Mit herzlichem „Vergelt's Gott" und herzlichem Segenswunsch zum Weihnachtsfest Pastor Vietor,
Leiter der Krüppelanstalten Volmarstein-Ruhr.
Postscheckamt Köln 29 490.

Weihnachtsbitte.

Ueberall erklingen jetzt wieder die lieben alten Weihnachtslieder. Wir blicken auf zu dem Stern von Bethlehem, der auch in die dunkelste Nacht des Lebens Licht und Heil bringt. „Drum ist auf Erden weit und breit, bei allen Kindern frohe Zeit."

Wir bitten alle unsere Freunde recht herzlich, uns gerade in dieser dunklen Zeit zu helfen, unsern Kindern den Weihnachtstisch zu decken. Gaben jeder Art sind uns herzlich willkommen. Gott, der Herr, aber segne uns alle in dieser Weihnachtszeit!

Der Vorstand des Johannesstiftes.
J. A.: Leich, Pastor.

Geldspenden werden erbeten auf unser Postscheckkonto Rettungshaus, Schildesche, Konto Nr. 140 51 in Hannover.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Heute, Montag, abend 8¼ Uhr Männerchor in „Ephrata".

— Zum Missionsnähen am Mittwoch nachmittag 3½ Uhr im Großen Hospiz ladet freundlich ein L. Trittelvitz.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Eviunis-Edelmargarine gleicht die Fehler der heutigen Ernährung aus, überbrückt die Kluft zwischen
Rohkost und Feinkost,
Naturnahrung und Kulturnahrung.
Auch Sie sollten sich durch einen Versuch überzeugen.
Eviunis-Margarine-Gesellschaft m. b. H. Lippinghausen bei Herford
Zu haben in allen Ophir-Geschäften.

Weihnachtsflugblatt
Ein vierseitiges, **mehrfarbiges** Werbeblatt mit Bildern geschmückt, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.
Das Blatt ist zu beziehen durch den
Blätterverlag der Anstalt Bethel, Abteilung „Herz und Haus", Bethel bei Bielefeld.
Postscheck Hannover 7382. Das Stück kostet 2 Pfennig. Bei größeren Bezügen Ermäßigung.
Probenummern auf Wunsch.

Zum 1. Januar 1931 suche ich eine kinderliebe
Haustochter
ohne gegenseitige Vergütung.
Frau Lehrer Borgwarth, Nordseebad Cuxhaven, Südersteinstr. 8.

Wer verh. techn. Kaufm., 38 J., durchaus ehrl., tr., deutsch., d. sich in gr. Not bef., z.
Vertrauensstellung
auch n. ausw. als Betriebsleiter, Garagenm. oder Kraftwagenf. Selb. w. b. Exzelenz als Fahr. u. lange J. selbst., gel. Mechanikerm. Führersch. 1, 2. 3b, auch in der Elektrbr. bew. G. Zeugn. und Ref. W. h. m. b. Off. send. an
Schäfer, Frankfurt a. M., Kostheimerstr. 211

Eisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Gichl & Sohn
Sangerhausen Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Altersheim
für Ehepaare auf dem Lande, schöne, gesunde, fabrikfreie Gegend, 2 Zimmer und volle Verpflegung für beide Mk. 5.50 tägl.
Einzelhäuschen
von vier Räumen mit 360 qm Grundstück, eigenem Haushalt od. volle od. teilweise Verpflegung. Hierzu Mk. 5000 Vorauszahlung erforderlich. Heim wird von Diakonissen geleitet. Angebote unter A 7312 an die Geschäftsst. des „Aufwärts".

Deutschen Bienenhonig
Posteimer (10 Pfund) 12.50 Mk.
Posteimer (5 Pfund) 7.— Mk.
auf Wunsch ohne Nachn. gibt ab
Heinrich Stasius
Bienenzüchter, Soest (Westf.)

Mein echter
Tilsiter Vollfettkäse
mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei.
Friedrich Stolzka
Dampfmolkerei Jedwilleiten.
PostMotzweihen. Tilsiter Niederung.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben Haus Morija. Gebündelt je Bündel 10 Pfg., lose in Säcken etwa 1 Zentner 2,— RM. Lieferung frei ins Haus. — Größere Posten billiger nach Uebereinkunft.

— Zwei kleine Kinderbettstellen mit Auflegematratzen, weiß gestrichen, hat billig abzugeben Schlosserei.